Abschlussbericht für die Heinz-Kühn-Stiftung

Digitalisierung und Demokratie in Taiwan – Was Europa vom Inselstaat lernen kann

Lena Fiedler

5. Januar 2023

Inhaltsverzeichnis

Einleitung
3

Covid-19
6

Digitalisierung
8

Sonnenblumenproteste
13

G0V
17

Audrey Tang
21

Fazit
23

Einleitung

„Wir haben unsere Demokratie über Nacht bekommen, ohne dafür kämpfen zu müssen", sagt Lin Chen Han. Der junge Mann im High-End Fashion Trainingsanzug sitzt mit einer Tasse Kaffee im Keller eines Wohnhauses, wo er sich ein Büro eingerichtet hat. Der junge Mann, der sich Ausländern gegenüber als Jonny vorstellt, arbeitet als Art Director und Stylist für kommerzielle Shootings, viel Fashion, aber auch Popkultur. An den Wänden seines Büros hängen Plakate von der Band Wu-Tang Clan. In einem Terrarium hinter dem Schreibtisch zieht sich seine Schlange zu einem Knäuel zusammen. Lin ist die Zukunft Taiwans. Er ist Anfang 30, gut ausgebildet und international vernetzt. Und: Er ist wütend: „Einige Politiker nutzen die Demokratie, um dumme Dinge zu tun". Sie veruntreuen Gelder, setzen Familienmitglieder auf gut dotierte Jobs oder schikanieren die Opposition. Jonnys Geduld ist am Ende – wie die vieler junger Taiwaner. Diese Wut ist in Taiwans junger Demokratie schon mehrmals Auslöser einer tiefgreifenden Reform gewesen, zuletzt bei den Sonnenblumenprotesten 2014, als viele junge Menschen für mehr Demokratie das Parlament besetzten.

Von außen betrachtet ergibt sich ein anderes Bild: Taiwan wird in Deutschland heute bewundert. Seit sich der Konflikt mit der Volksrepublik China zuspitzt, ändern sich auch in Deutschland die Vorzeichen. Bundesbildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger will 2023 nach Taiwan reisen. Watzingers Reise wäre der erste deutsche Ministerbesuch in der Inselrepublik seit 1997. Hier macht sich die Überzeugung breit, dass Wissenschafts- und Wirtschaftskooperationen mit Taiwan aussichtsreich sind.

Ich möchte während meiner Reise herausfinden, wie in Taiwan Demokratie und Digitalisierung zusammenhängen. Dazu werde ich Interviews mit jungen Menschen führen, die mir einen Einblick in das taiwanische Verständnis von Demokratie und Technologie geben können. Um zu verstehen, wie Taiwan zu dem Land wurde, das es heute ist, recherchiere ich den historischen Kontext, mit einem besonderen Augenmerk auf den Sonnenblumenprotesten. Denn in den Protesten haben sich viele zivile Aktivist*innen zusammengefunden, die Taiwans Demokratie heute neben der Politik mitgestalten. Es sind Organisationen und Vereine entstanden, die heute wichtige Arbeit leisten. Die Digitalisierung ist dabei nicht wegzudenken. In keinem Land dieser Welt finden gerade so interessante Projekte an der Schnittstelle von Digitalisierung, Demokratie und Gesellschaft statt wie in Taiwan. Und das weiß auch

Jonny, der junge Mann, den ich in seinem Atelier besuche. „Bei uns ist jede Information im Internet", sagt er und zeigt an seinem Computer ein Programm, das Fake-News auf Line findet, der taiwanischen Version von WhatsApp. „In der nächsten Wahl werden wir unsere Stimme am Smartphone abgeben können".

Ich reise Anfang September 2022 nach Taipeh, die Hauptstadt Taiwans. Es sind nur wenige Tage nach dem Besuch von Nancy Pelosi vergangen. Im Quarantänehotel verfolge ich die Debatte über den Besuch der Sprecherin des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten. In Deutschland ist man durch die Geschehnisse alarmiert. Einige deutsche Medien sprechen von „Provokation", bebildern ihre Texte mit explodierenden Bomben und fürchten den dritten Weltkrieg. China droht und verhängt schließlich Sanktionen. In Taipeh ist es ruhig. Die Taiwaner freuen sich über den Besuch und spekulieren, was Pelosi während ihres Aufenthalts wohl essen wird – insgesamt ein sehr wichtiges Thema in Taiwan. Im Gegensatz zu den Stimmen aus den internationalen Medien ist die Berichterstattung in Taiwan gemäßigt, keine postapokalyptischen Sondersendungen und keine Superlative. Im Gegensatz zu deutschen Medien werden hier keine Kamerateams auf die paar wenigen Taiwaner gejagt, die sich entschließen ein Schießtraining zu absolvieren. Hier passiert nichts Neues, so der Tenor. Politisch gesehen verfestigt der Besuch die Lager. Auf der einen Seite die chinakritische demokratische Fortschrittspartei DPP, auf der anderen Seite die konservativ-nationalistische Partei Kuomintang, die eine Annäherung mit China sucht.

Seit ich mich für das Stipendium der Heinz-Kühn-Stiftung beworben habe, ist viel passiert. Mit dem Ausbruch von Covid-19 isolierte sich Taiwan, um die eigene Bevölkerung zu schützen. Der kleine Inselstaat wurde international bekannt, weil es ihm trotz der Nähe zu China, wo das Virus ausgebrochen war, gelang, die Infektionen zu begrenzen. Bis heute gab es im Gegensatz zu Deutschland keinen Lockdown. Das zweite Ereignis: Der Konflikt mit China spitzte sich so weit zu, dass jeder Besuch einer internationalen Delegation zum Politikum wird. Die russische Invasion in der Ukraine galt vielen Beobachter*innen als mögliche Blaupause für die Chinesen, die als eines der wenigen Länder Putins militärische Operation unterstützen.

Zwei parallel verlaufende Ereignisse, die ich zum Zeitpunkt meiner Bewerbung nicht habe kommen sehen, würden mich also erwarten und meine Recherchen zur Digitalisierung und Demokratie nicht unbedingt erleichtern – dachte ich. Doch nach sechs Wochen Recherche stelle ich fest, dass die Themen Covid, Krieg und

Digitalisierung zusammen gedacht werden können, derzeit sogar müssen. Denn Taiwans Weg zur Demokratie ist nur zu verstehen, wenn man die Beziehung zu China versteht. Die Digitalstrategie, für die Taiwan international gelobt wird, ist das Produkt eines jahrzehntelangen Konflikts – und war notwendig für das Fortbestehen der Inselrepublik.

Corona-Station des Flughafens in Taoyuan

Die Erfolge der Covid-Strategien basieren auf der Digitalpolitik und auch sie lassen sich als eine Art Abwehrreaktion verstehen – immer in Differenz zur großen Volksrepublik. Während ich diesen Bericht schrieb, protestierten Menschen in China gegen den Lockdown und das Corona-Regime. Vielleicht sind wir am Beginn einer Zeitenwende. Nach nur wenigen Tagen in Taiwan weiß ich: Diese Gesellschaft ist tief gespalten und die Spaltung vollzieht sich entlang der China-Frage. Wenn es also um

Demokratie durch Digitalisierung gehen soll, ist es unerlässlich, diese Frage durch die Linse der geopolitischen Ereignisse der letzten Jahre zu beantworten.

Unter diesem Gesichtspunkt formuliere ich meine Erkenntnisse. Insgesamt habe ich sehr viel gelernt, über Menschen, Geschichte, Politik, Auslandsjournalismus, Chinesisch, Taiwanisch, Essen, Freundschaft, Austausch und Tee. Ich danke der Heinz-Kühn-Stiftung für die Möglichkeit nach Taiwan zu reisen und insbesondere Ute Maria Kilian für ihre herzliche Unterstützung.

Covid-19

Wer sich mit der Digitalisierung in Taiwan beschäftigen will, lernt schon eine Menge bei der Ankunft. Als ich einreiste, waren die Grenzen nur für Geschäftsreisende mit Visum geöffnet. Bei der Ankunft im Terminal mussten sich alle Einreisenden eine taiwanische SIM-Karte geben lassen, unter der sie für die Behörden erreichbar sein würden. Der gesamte Prozess, Covid-Test, Quarantäne-Taxi, Quarantäne-Hotel, verlief digitalisiert, vernetzt und reibungslos.

Zwischen Mitte April 2020 und Ende Dezember 2020 gab es über acht Monate lang überhaupt keine lokalen Infektionen in Taiwan. Neue Fälle tauchten häufiger bei Einreisenden auf, die aber mit den von mir noch durchlaufenen Kontrollen am Flughafen bereits frühzeitig isoliert wurden.

Im Hotel angekommen, erhalte ich den ersten Anruf auf meiner taiwanischen Nummer. Es ist das Gesundheitsamt. „Sind Sie im Zimmer 601 im VIP Hotel?", fragt eine Stimme. Ich versuche zu scherzen: „Ja, wollen Sie mich etwa besuchen?". Die Stimme auf der anderen Seite bleibt ernst. „Nein." Der Mitarbeiter klärt mich über meine Quarantänezeit auf, fragt nach meiner Temperatur und meiner Gesundheit und verabschiedet sich dann freundlich. Über die nächsten Tage werden diese Anrufe zur lieb gewonnenen Routine. In Deutschland wurde ich noch nie von den Gesundheitsbehörden angerufen, auch nicht, als ich covidpositiv zuhause lag. Der menschliche Kontakt stellt bei mir eine Verbindlichkeit her. Die Maßnahmen sind nicht mehr anonym und abstrakt, sondern nahbar. Auch das Hotelpersonal kommuniziert mit mir, via Line, dem taiwanischen Pendant zu WhatsApp. Schon jetzt ahne ich etwas von Taiwans Pragmatismus, der mir noch häufig begegnen würde. Ich messe zwei Mal am Tag Fieber und schicke ein Foto des Ergebnisses an das Hotelpersonal, die diese Daten an das Gesundheitsamt melden. In Deutschland würde sicherlich lange darüber

diskutiert, über welche Infrastruktur diese Daten übermittelt werden könnten. Für die meisten Taiwaner sind digitale Strukturen nichts, was erst aufgebaut werden müsste. Sie nutzen solche, die bereits existieren. Und die meisten von ihnen sind mit dem Gebrauch digitaler Tools vertraut.

Hsieh Yung-Cheng nach dem Interview mit einer Beef Noodle Soup

Taiwan konnte in der Covid-Bekämpfung auf seine Erfahrungen mit dem Sars Cov 2 Virus zurückgreifen: Es hat beträchtliche, auch digitale Mittel in die Rückverfolgung von Infektionsketten investiert. Das hat sich beim Ausbruch von Covid-19 bezahlt gemacht. Durch die strenge Nachverfolgung von Infektionsketten musste das öffentliche Leben in Taiwan bisher nie in größerem Umfang beschränkt werden. Als ich in Taiwan ankomme, gibt es keine Kontakt-Nachverfolgung mehr. Aber Hsieh Yung-Cheng erzählt mir davon. Er ist 27 Jahre alt und Medienkünstler: „Egal wo wir hingegangen sind, haben wir uns via QR-Code eingeloggt, sodass die Regierung wusste, wo wir waren." Er sagt, selbst als Medienkünstler, der sich mit staatlicher

Überwachung beschäftigt, habe er keine Angst gehabt, dass die Regierung ihn überwache. „Es war ein notwendiger Einschnitt in die Privatsphäre", sagt er im Rückblick.
Doch woher kommt dieses Vertrauen in die Regierung?

Digitalisierung

„Ich glaube, ich war 10 Jahre, als ich mir die erste Mailadresse zugelegt habe", erzählt er im Louisa Coffee, einer Kaffeehauskette, in der viele junge Menschen arbeiten oder Freunde treffen, weil die Getränke günstig sind und man so lange bleiben darf, wie man will. „Wir haben seit der Grundschule IT-Unterricht" – ein großer Unterschied zu Deutschland, wo der IT-Unterricht meist schon an mangelnder Ausstattung der Schulen scheitert.

Hsieh Yung-Cheng ist in der Nähe von Taichung aufgewachsen, einer kleinen Stadt im Süden Taiwans. Taiwan ist von einem Nord-Süd-Gefälle betroffen. Im Norden ist Industrie, der Süden ist ländlicher geprägt. Trotzdem ist der Internetzugang auch im Süden gegeben. Es gibt in Bezug auf die Infrastruktur keinen Unterschied zwischen Stadt und Land. Die NGO Freedom House, die zu den Themen Menschenrechte und Demokratie forscht, schreibt über Taiwan: „The country boasts very high rates of internet access with no significant digital divides."[1] Für 15 Euro im Monat bekommt man in Taiwan eine unbegrenzte 4G-Verbindung oder einen Kabelanschluss. Der taiwanische Staat garantiert Breitband als demokratisches Recht, selbst auf 4.000 Metern Höhe.

Viele Abläufe sind in Taiwan vollständig digitalisiert. Als ich meinen Mitbewohner frage, ob Post für mich gekommen sei, schaut er mich nur erstaunt an. Den Schlüssel des Briefkastens habe der Vermieter. „Wie kommst du dann an deine Post", frage ich ihn erstaunt. Er schaut mich verwirrt an, so als ob er nicht sicher sei, ob ich ihn veräppele. „Die bekommst du per Mail", frage ich erstaunt. Ja, sagt er. Dass man in diesem modernen Deutschland Post vom Amt bekommt, kann er nicht glauben. Der Staat Taiwan kommuniziert ausschließlich digital mit ihm.

Andere Abläufe in Taiwan sind aber überraschend analog. Für meinen geliehenen Scooter beispielsweise bekomme ich analoge Parktickets, die hinten am Sitz befestigt

[1] https://freedomhouse.org/country/taiwan/freedom-net/2022

werden. Mit dem Schein gehe ich in eine der vielen 7-11-Filialen, um sie zu bezahlen. Auch die Webseiten der Behörden sehen manchmal aus, wie das Internet in den 2010er Jahren: sehr eckig und nicht wirklich übersichtlich. Warum Taiwan trotzdem so berühmt geworden ist für seine angeblich so lückenlose Digitalisierung, werde ich zu einem späteren Zeitpunkt versuchen zu erklären.

Analoge Parktickets für die vielen Scooter

Wer sich in die Geschichte Taiwans einliest, wird schnell feststellen, dass die Digitalisierung für die kleine Inselrepublik kein glücklicher Zufall, sondern eine Notwendigkeit war.

Nachdem Taiwan sich aus eigener Kraft in den 90er Jahren demokratisierte, verschärften sich die Konflikte mit der Volksrepublik China. Mit der Gründung der DPP 1986 begann ein Prozess der Emanzipierung, der von der PRC mit Argwohn betrachtet wurde. Es kommt nicht von ungefähr, dass Taiwans Demokratisierung mit der

Kommerzialisierung des Internets zeitlich zusammenfielen. Taiwan, wie es heute existiert, wäre nicht denkbar ohne die Digitalisierung und die IT-Branche.

Politisch steckte Taiwan in der Klemme: Kaum ein Staat erkannte die kleine Inselrepublik an. Die USA und Japan unterstützten Taiwan zwar aus geopolitischen Gründen – keiner der beiden möchte, dass China seinen Einflussbereich vergrößert – doch sollte sich das Mächtegleichgewicht ändern, wäre Taiwan schutzlos. Doch schon früh deutete sich eine Entwicklung an, die Taiwans Position in der Welt festigen würde.

In den 1960er Jahren modernisierte sich das Land mithilfe von Subventionen der USA. Landreformen steigerten die Produktivität der Landwirtschaft, mit ihnen auch das Interesse an industriellen Gütern. 1976 gründete der Taiwaner Stan Shih eine kleine Firma namens Multitech. Wenige Jahre später sollte das Unternehmen unter dem Namen Acer zu einem der größten Computerproduzenten der Welt werden.

Taiwan gehörte neben Singapur, Südkorea und Hongkong zu den vier "Tigerstaaten", die in kurzer Zeit von Entwicklungsländern zu Industriestaaten aufgestiegen sind. Zu den Exporten gehören seit den 70er Jahren zunehmend technologische Güter im Bereich der Halbleiter- und IT-Industrie – eine Entwicklung, die einer vorausschauenden Politik zu verdanken war. Eine Schlüsselrolle spielte das 1973 gegründete Forschungsinstitut für Industrietechnologie (ITRI) in Hsinchu. Hier sollte im Gegensatz zu anderen Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen Taiwans keine Grundlagenforschung, sondern ausschließlich angewandte Forschung betrieben werden. Im Februar 1987 wurde die Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) als weiterer Ableger des ITRI gegründet. Maßgebend konzeptionell an der Gründung beteiligt war Morris Chang, der seit 1985 Direktor des ITRI war. TSMC ist heute nach Intel und Samsung der weltweit drittgrößte Halbleiterhersteller und der größte Computerchipproduzent der Welt. Seine beiden größten Kunden sind der amerikanische Technologiekonzern Apple und der chinesische Telekommunikationsausrüster Huawei Technologies Co. Was sich hier schon auf einer wirtschaftlichen Ebene andeutet, ist auch politisch interessant: Eingekesselt zwischen China und den USA wird Taiwans Spitzentechnologie zum Druckmittel. Einer wirtschaftlichen Abhängigkeit kann politische Sicherheit folgen, so Taiwans Kalkül, das aufzugehen scheint. Niemand kann oder möchte auf die Nanochips verzichten, denn sie sind in fast jedem elektrischen Gerät verbaut. Kein anderes Land kann bei den Prozessoren mithalten. 0,3 Prozent der Erdbevölkerung produziert mehr als ein Drittel der jährlichen globalen Rechenpower. Dank TSMC stammen von den

leistungsstärksten Chips weltweit mehr als 90 Prozent aus Taiwan. Taiwan hat es damit geschafft, andere Staaten zu motivieren, sich um seine Sicherheit zu sorgen – wenn auch nur aus eigennützigen Gründen. An Taiwans Sicherheit hängt jetzt der Wohlstand der ganzen Welt.

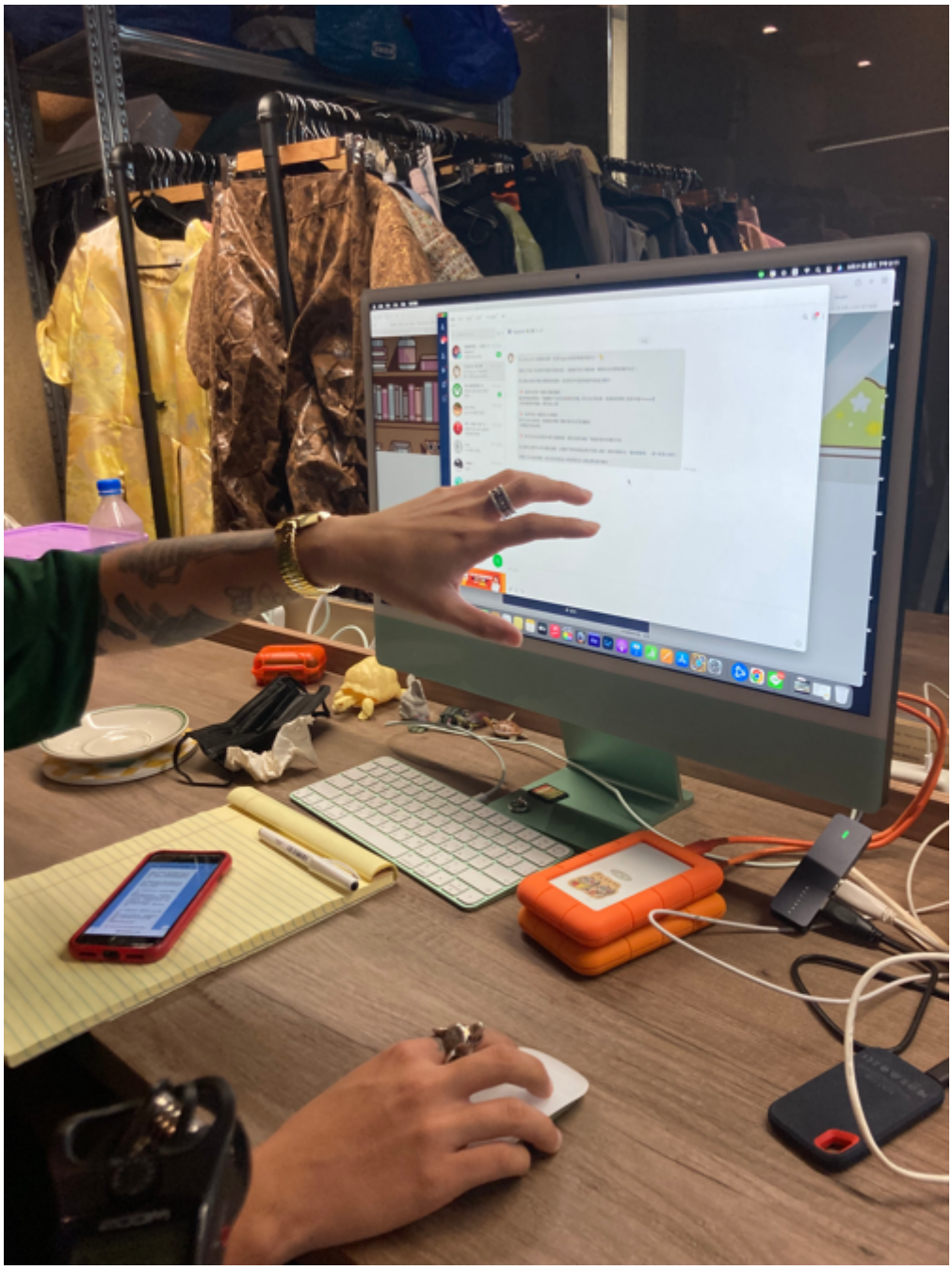
Welche große Rolle die Halbleiterproduktion auch für Taiwans Politik spielt, zeigte sich kürzlich, als Robert Tsao, der Gründer der United Microelectronics Corporation (UMC), Taiwans erstem Halbleiterkonzern, eine Pressekonferenz einberief und bekannt gab, dass er 100 Millionen US-Dollar für die Verteidigung Taiwans spendet. Zusammen mit einer NGO werde er in die militärische Ausbildung investieren.

Während ich in Taiwan bin, erlebe ich nicht nur meine ersten Erdbeben. Ich wache auch eines Morgens von dem Geräusch lauter Militärflugzeuge auf, die gefühlt nur wenige Meter über dem Dach meines Zimmers im achten Stock eines Hochhauses hinwegdonnern. Es ist der 10. Oktober, Double-Tenth Day, der Nationalfeiertag Taiwans. Er wird traditionell mit einer großen Militärparade gefeiert. Unter dem Motto „Gemeinsam die Nation verteidigen" will Taiwan ein Zeichen der Wehrfähigkeit in Richtung Volksrepublik schicken – doch Taiwan gehen die jungen Soldaten aus. Denn die Geburtenrate des Landes ist die niedrigste der Welt. Viele junge Menschen glauben nicht an eine Zukunft in Taiwan. Sie bekommen keine Kinder, sondern kaufen sich eher kleine Schoßhunde, die sie durch die Stadt rollen. Das liegt auch an den stagnierenden Löhnen. Taiwanern fehlt schlicht die Zeit und das Geld, um eine Familie zu gründen.

Ich frage Jonny in seinem Keller, wie er Demokratie und Digitalisierung zusammen denkt. „Taiwaner neigen dazu, alles am Smartphone zu machen", sagt er und lacht. Er selbst legt sein Smartphone während unseres Gesprächs keine Sekunde weg. Er ist sich sicher, dass er bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2024 seine Stimme digital abgeben wird. Wenn dieses Vorhaben in die Tat umgesetzt werden würde, wäre es für Taiwan ein großer Erfolg – ist das Land doch permanentes Ziel von chinesischen Desinformationskampagnen. Einem Bericht des Digital Society Projects zufolge ist Taiwan am häufigsten auf der Welt von Cyberangriffen betroffen.[2] Kurz vor dem Besuch von Pelosi waren diese Angriffe erfolgreich, als die Digitalanzeigen einiger 7-11-Filialen wüste Beschimpfungen anzeigten. Nach dem Besuch deaktivierten Cyberangreifer die Website des Büros der taiwanischen Präsidentin und ihres Verteidigungsministeriums. Nach Angaben der Digitalministerin Audrey Tang sollen in

[2] https://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2022/03/20/2003775114

dieser Zeit die DDOS-Attacken (Distributed Denial of Service) das 23-fache des bisherigen Rekordwertes erreicht haben.



Lin erklärt, wie das Programm Auntie Meiyu funktioniert

Doch Lin zeigt mir auch eine Anwendung, die hoffnungsvoller in die Zukunft der digitalen Demokratie Taiwans blicken lässt. Er gibt ein paar Stichworte auf Google ein und schon ist sie da: Auntie Meiyu. Auf der Webseite checkcheck.me/en sieht man das Bild einer grauhaarigen Oma auf einem Sessel, die in einer Broschüre blättert. Es ist eine künstliche Intelligenz, die Fact-Checking betreibt. Lin lädt die Anwendung für Line herunter. Testweise schreibt er auf der Messenger-App an seine Freundin: „Die Corona-Impfungen wirken nicht". Nach wenigen Sekunden erhält er eine Nachricht

von Auntie Meiyu mit Informationen über die Impfung. Das tolle an der Anwendung ist, dass sich das Add-One in Messenger-Diensten integrieren lässt, wo sehr viele Falschinformationen geteilt werden. Auntie Meiyu wird erst aktiv, wenn sie davon überzeugt ist, dass es sich bei einer Nachricht oder einem Link um falsche Informationen handelt. Das Programm ist mit den Datenbanken von verschiedenen Faktencheck-Plattformen wie Cofacts, Taiwan FactCheck Center und MyGoPen verknüpft. Das Programm selbst ist unabhängig. Die Programmiererin Carol Hsu, die Auntie Meiyu 2018 geschrieben hat, wollte eigentlich nur gegen die Falschinformationen in ihrer Line-Familienchat-Gruppe vorgehen. Als ein Freund den Chatbot sah, überredete er Carol Hsu dazu, einen Text darüber auf Facebook zu teilen. Das öffentliche Interesse war groß, also veröffentlichte Hsu den Chatbot zur kostenlosen und freien Verwendung. Bis heute haben ihn 300.000 Benutzer heruntergeladen. Das Programm ist Open Source, das heißt, der Quellcode kann von jedem eingesehen und benutzt werden. Dieser Umstand führt mich zu der eigentlich interessanten Frage: Wie kann es sein, dass jemand ein Programm, das viel Geld wert ist, kostenfrei und open source zur Verfügung stellt? Aus welchem Geist heraus, machen sich Bürger*innen Taiwans die Mühe? Ein Teil der Antwort findet sich in den Sonnenblumenprotesten, die 2014 in Taipeh stattfanden.

Sonnenblumenproteste

2014 ging ein Ruck durch die junge Generation. Am 18. März zogen Studenten durch die Straßen. Sie schwenkten Plakate mit der Aufschrift „Taiwan is not for sale" – ein Hinweis auf das Handelsabkommen der Regierung mit China, von dem sie befürchteten, dass es der Wirtschaft, dem demokratischen System und der nationalen Sicherheit irreparablen Schaden zufügen würde. Viele trugen gelbe Stirnbänder und umklammerten Sonnenblumen, ein Symbol der Hoffnung. In der Nacht besetzten sie das Parlament in Taipeh – 24 Tage lang – und stoppten damit den intransparenten Handelsdeal der KMT-Regierung. Wer schon mal in Taiwan war und dort die sehr gesetzestreuen Taiwaner*innen kennengelernt hat, weiß wie ungewöhnlich das ist.

Als ich den deutschen Autoren Stephan Thomé treffe, der seit vielen Jahren in Taiwan lebt und arbeitet, frage ich ihn nach seinen Eindrücken. Er kam damals zum dritten mal auf die Insel. Das gesellschaftliche Klima hatte sich in den vergangenen Jahren unter der Präsidentschaft von DPP-Politiker Chen Shui-bian verändert. Die neue Generation identifizierte sich selbstbewusst als Taiwaner, nicht als Chinesen. Sie

wuchsen, anders als ihre Eltern, in einem Land mit größerer persönlicher Freiheit auf und sollten bald von diesen Rechten Gebrauch machen. Die ersten Protesttage seien von Straßenschlachten gekennzeichnet gewesen, erzählt Thomé. Mit Tränengas und Gummiknüppeln versuchten die Polizisten die jungen Demonstranten zurückzudrängen. Nach einigen Tagen seien viele Studierende aus ganz Taiwan gekommen, um sich den Protestierenden anzuschließen. Thomé erlebt sie als friedliche Gemeinschaft. Als er sich vor Ort ein Bild macht, erlebt er den Protest wie ein Musikfestival: viele Zelte, gelöste Stimmung, Essen und Trinken. Er habe sogar einen Mann unter den Protestierenden gesehen, der sich für das Handelsabkommen mit China aussprach, ohne dafür angefeindet worden zu sein. Statt der etablierten Medien nutzten die Aktivist*innen das Internet, kommunizierten über Line, richteten Webseiten ein und dokumentierten das Verhalten der Behörden – der Moment für die g0v-Community, sich einzubringen. Sie richteten Livestreams ein, die damals sehr viele Menschen innerhalb und außerhalb Taiwans erreichten.

Studierende besetzen das Parlament in Taipei während der Sonnenblumenproteste 2014

Mein Freund Hsieh Yung-Cheng war ebenfalls dabei. Als seine Familie von seiner Beteiligung erfuhr, sagte sein Onkel, dass jeder der Protestierenden für die Vergehen gehängt werden sollten. „Es war für mich eine intensive Zeit", erzählte er mir. „Ich hatte gerade begonnen zu studieren und schloss mich der Bewegung an. Ich wollte für unsere Rechte auf die Straße gehen." Die Einstellung seiner Familie ist nicht ungewöhnlich für diese Generation. Sein Vater stammt aus einer armen Region und hat sich in einem System hochgearbeitet, das von der KMT bestimmt wurde. „Sie zählten zu den Gewinnern. In den Siebziger- und Achtzigerjahren ist Taiwan durch die Industrialisierung wirtschaftlich sehr erfolgreich geworden. Die Gesellschaft hat als Ganzes profitiert. Auch deswegen widerstrebt es meinen Eltern, die KMT zu kritisieren." Die Sonnenblumenproteste sind auch ein Generationenkonflikt.

In seinem Buch „Gebrauchsanweisung für Taiwan" schreibt Stephan Thomé: Es geht um „die alte Frage, was für eine Gesellschaft Taiwan ist und sein will. Die studentischen Aktivist*innen bestehen allerdings darauf, dass die alte Frage nach neuen Antworten verlangt, und da die etablierten Parteien keine haben, geben sie sie eben selbst." Ich glaube, dass er mit dieser Einschätzung Recht hat und sehe in diesem Moment der Selbstermächtigung das große Potential der taiwanischen Demokratie. Sie ist wehrhaft, weil sie erkämpft wurde. Von dieser Energie zehrt sie noch heute. Aus den Protesten heraus hat sich auch eine dritte Partei gegründet, die anders sein wollte, als KMT und DPP. Die Partei Neue Kraft zeugt auch von der Wut der Jungen. Doch sie hat sich nicht durchsetzen können. Deswegen sind heute auch viele junge Menschen desillusioniert – wie Lin Chen Han.

Auch er war Teil der Proteste – und das obwohl seine Mutter strenge Anhängerin der KMT ist: „Auf der weiterführenden Schule hatte ich einen tollen Lehrer, der uns viel über Geschichte beigebracht hat. Von ihm habe ich gelernt, dass die Kuomintang von 1949 bis 1992, während der Zeit des sogenannten Weißen Terrors, Zehntausende Taiwaner*innen umgebracht haben. Er hat uns politisch gebildet", erzählt Lin. Er schließt sich mit klaren Vorstellungen den Protesten an. Er will die Regierung nicht nur zu mehr Transparenz und Demokratie zwingen, sondern wünscht sich eine grundlegende politische Veränderung. „Als die Sonnenblumenproteste begannen, hatte ich gehofft, dass es eine Veränderung geben würde. Eine neue politische Landschaft, eine neue Flagge oder eine neue Hymne. Nichts davon ist passiert. Die neuen Parteien stehen entweder der DPP oder der KMT nahe. Die Bewegung hat uns nur kurz zusammengebracht. Die gesellschaftliche Spaltung hat sie nicht überwunden."

Doch für viele Menschen, die ich gesprochen habe, waren die Sonnenblumen-Proteste ein Wendepunkt. Die Geschehnisse politisieren sie bis heute. Es war wie die Wiederholung der Demokratieproteste in den 80er Jahren, als Menschen wie die heutige Präsidentin der Menschenrechtskommission Chen Chu für Demokratie und Menschenrechte auf die Straße gingen. Sie erfuhren während der Proteste eine Form der demokratischen Selbstwirksamkeit – und die lebt bis heute fort.

Um mehr über Taiwans Demokratie zu erfahren, bin ich zu einer Diskussionsveranstaltung im Tacheles gegangen. Das Tacheles ist eine einzigartige Mischung aus Bar, Club und Veranstaltungsraum im Arbeiterbezirk Wanhua. Es wurde in den 90er Jahren von einem Deutschen in einem baufälligen Gebäude in Anlehnung an das Berliner Kunstzentrum Am Tacheles hochgezogen. Es ist einer der vielen Orte in Taiwan, die einen deutschen Bezug haben und zeigen, wie sehr sich Taiwan für Deutschland interessiert. Im taiwanischen Tacheles finden regelmäßig politische Diskussionsveranstaltungen, Performances und Konzerte statt. Ich ging am 29. September zur Veranstaltung „How Democratic is Taiwan?", organisiert von Liya Yu und Alice Herein, einer deutsch-chinesischen Politikwissenschaftlerin und einer französischen Journalistin. Eingeladen waren unter anderem Michelle Wu, die Direktorin der Taiwan Youth Association for Democracy, einer Plattform für den Ideenaustausch der taiwanischen Jugend. Wu erklärt, dass TYDA sich als eine Graswurzelbewegung versteht, die Jugendliche animieren soll, sich in demokratische Prozesse einzubringen. Es geht allerdings nicht nur darum, sich bei Lokalwahlen interessiert zu zeigen, sondern auch um Aktivismus: Studierende und Schüler*innen lernen in Workshops, wie man sich organisiert und aktiv für Themen einsetzt. Die Überzeugung, dass man sich auch als junge Menschen aktiv in demokratische Prozesse einmischen kann, entstammt der Sonnenblumen-Proteste. Ein Jahr nach den Protesten gingen 2015 die Schüler*innen auf die Straße, um gegen ihre Schulbücher zu protestieren. Sie belagerten das Bildungsministerium und protestierten gegen ihre Schulbücher, die ihnen zu chinafreundlich erschienen. Auch wenn sie den Kampf gegen Bildungsminister Wu Se-hwa am Enden nicht gewannen, zeigten sie sich wehrhaft und machten die zweifelhaften Praktiken des Bildungsministeriums über die Grenzen Taiwans bekannt. Die Schüler*innen zeigten eine enorme Entschlossenheit, für ihre Prinzipien einzustehen, zu denen auch das Festhalten an einem demokratischen politischen System gehört, in dem Entscheidungen transparent und offen getroffen werden. Kurze Zeit später wurde die Regierung des KMT-Präsidenten Ma Ying-jeou abgewählt.

Während der Sonnenblumenproteste wurden Ideen geboren, die zu zivilgesellschaftlichen Organisationen geworden sind. Sie sind eine fundamentale Säule der taiwanischen Demokratie. Es gibt kaum ein politisches oder gesellschaftliches Thema, in das nicht wie selbstverständlich NGOs einbezogen werden. Eine Organisation, die sich immer einmischt, ist die G0V-Community.

G0V

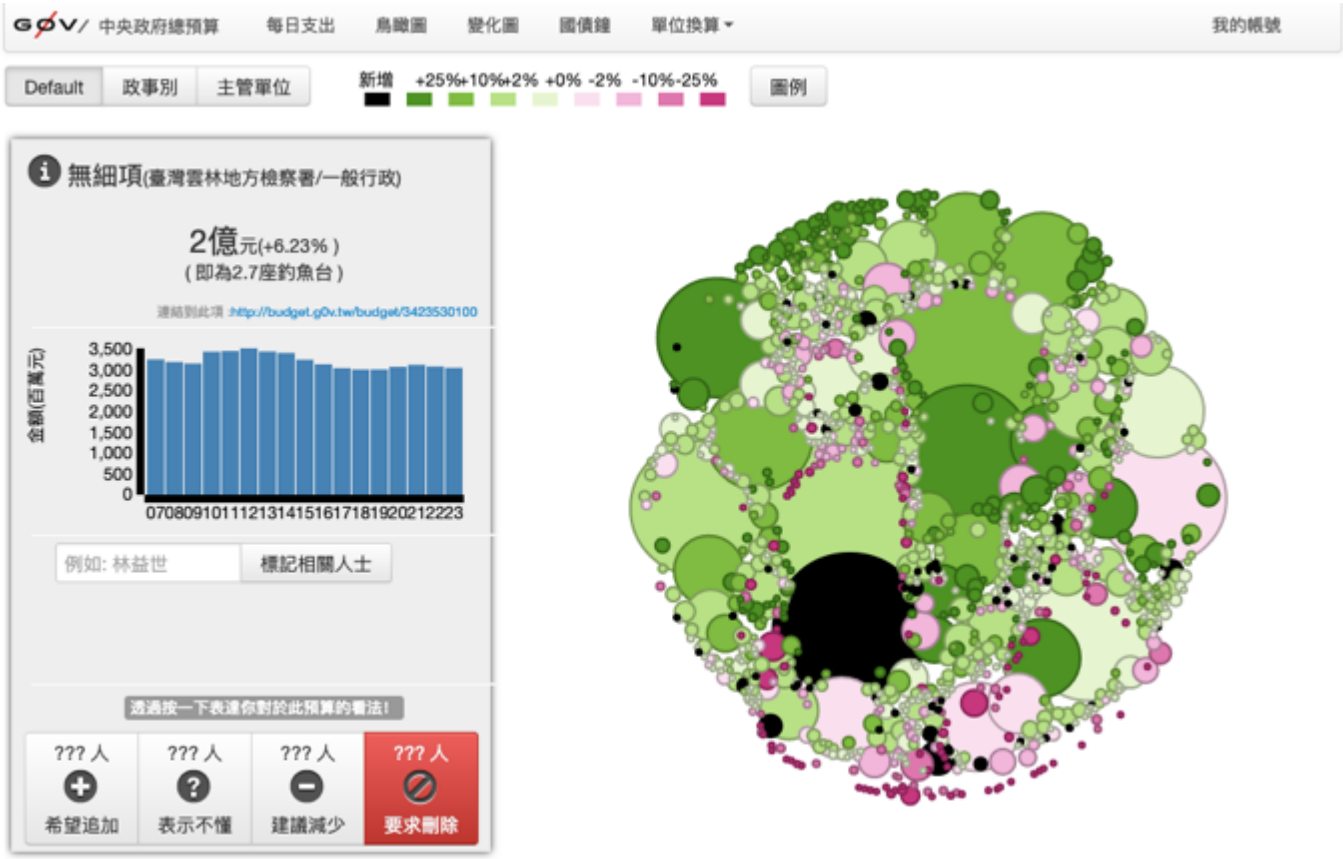
G0v ist eine zivile Tech-Community, die sich für mehr Transparenz und Partizipation in politischen Prozessen einsetzt. Sie wollen Politik, Administration und Bürger zusammenbringen. Ihre Mitglieder nutzen Technik, um sich von unten nach oben in die Demokratie zu hacken. G0v besteht aus Menschen, die sich gesellschaftlich und politisch einbringen wollen, sei es als Hacker, Politikwissenschaftlerin oder Bürgerin. Der Claim von g0v ist: be a nobody. Man solle sich nicht fragen, warum niemand etwas unternehme, sondern selbst dieser niemand sein.

Die Grundidee von g0v seit dem Gründungsjahr 2012 ist: eine neue, parallele Form des Regierens zu finden, an der sich die Zivilgesellschaft aktiv beteiligen kann – und deren Resultate dann wiederum zurück in den „normalen" Regierungsprozess gespeist werden können. Eine Open-Source-Demokratie, in der jede Codezeile einsehbar ist. Der Name der Bewegung macht klar, was Programm ist: Indem sie das „o" von Gov durch „0" ersetzen, zeigen sie, dass sie das Grundprinzip des digitalen Systems (0 und 1) nutzen, um das traditionelle „gov" zu verändern.

Jede Faser dieser Bewegung ist noch von den Sonnenblumenprotesten durchdrungen, als die Protestierenden für die Einhaltung der demokratischen Grundprinzipien auf die Straße gingen. Wer bei g0v ist, weiß, dass man es selbst machen muss – und, dass es funktionieren kann.

Ich kenne die Bewegung, seit ich mich für Taiwan interessiere. In kaum einem Artikel über Taiwan fehlt der Hinweis auf g0v, denn sie waren es, die Digitale Demokratie zum einem Buzzword gemacht haben. Berühmt geworden ist g0v mit einem ihrer ersten Projekte: der Visualisierung des Staatshaushalts. Die KMT-Regierung unter Ma Ying-jeou weigerte sich, den Staatshaushalt und die geplanten Ausgaben zu veröffentlichen, weil es für den Bürger zu kompliziert sei. G0v veranstaltete daraufhin

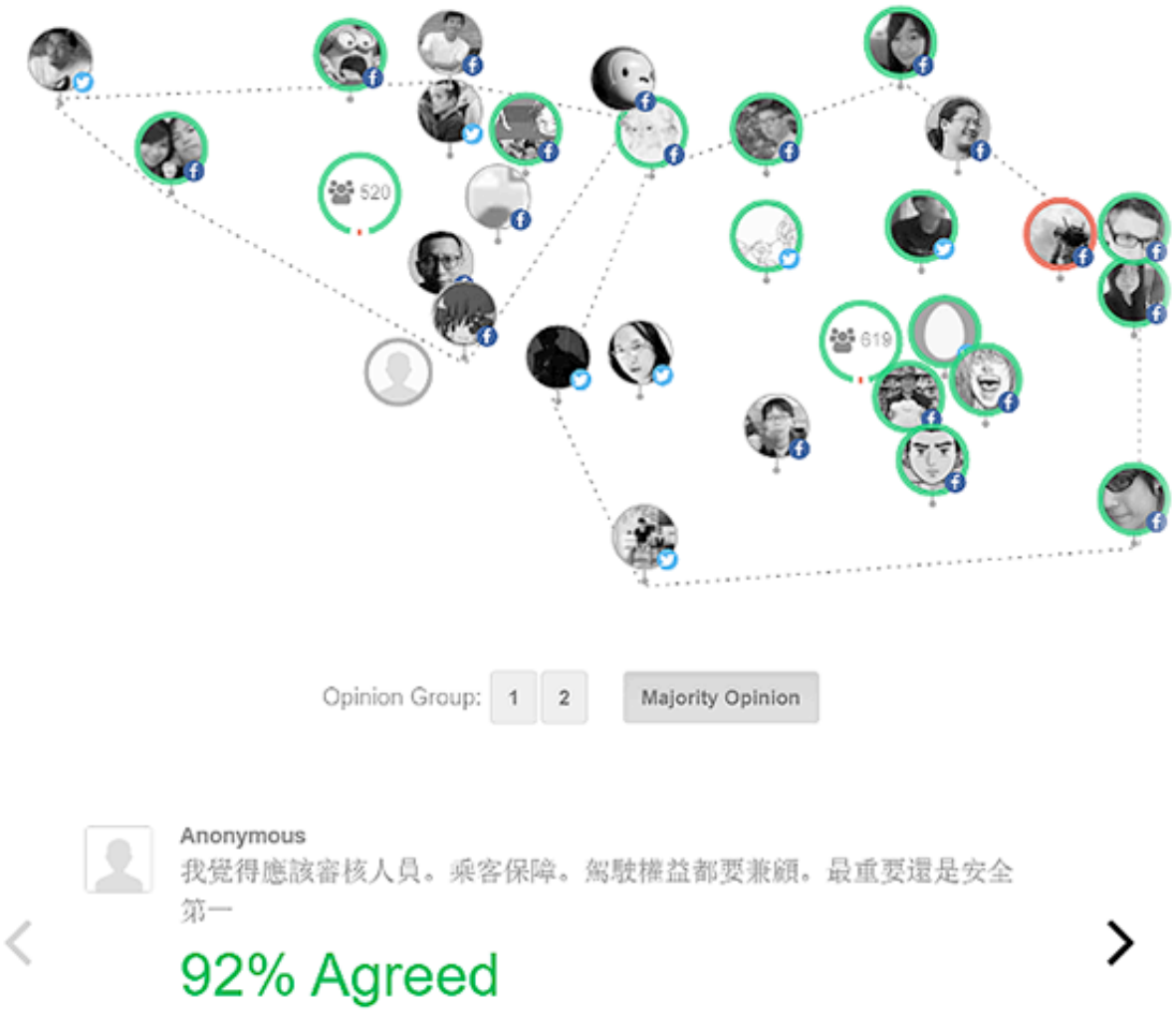
einen Hackathon – Gruppentreffen, die von einer Open-Source-Mentalität geleitet wurden – der mit einem ersten Mock-Up einer Visualisierung der Staatsausgaben endete. Bis heute kann man sich in Taiwan sehr genau anschauen, wofür Geld ausgegeben wird. Was g0v da gemacht hat, nennt man „fork the government", also wenn eine neue Version einer schon bestehenden Webseite gebaut wird, um die Regierung vor sich herzutreiben. Während der Corona-Pandemie haben sich viele Hacker und Programmierer*innen mit ihren Ideen eingebracht und so zum Beispiel eine App erstellt, in der in Echtzeit angezeigt war, in welchen Apotheken noch Masken zur Verfügung standen.



Screenshot von der Visualisierung des taiwanischen Staatshaushaltes

Ich versuche dieser Bewegung näher zu kommen und treffe mich mit Sam Robbins, ein in Taipeh lebender Brite Mitte zwanzig, der sich seit 2020 bei g0v engagiert. Wegen eines Typhoons treffe ich ihn nicht im Café, sondern digital. Wir beide waren gleichermaßen dankbar, dass uns das Internet ersparte bei diesem Regen vor die Tür zu gehen. Er arbeitet als Wissenschaftler und Autor an der Schnittstelle von (digitaler) Technologie, Medien und Politik in Taiwan. Ich frage ihn, was g0v überhaupt genau ist. Das Selbstverständnis hat sich über die Zeit verändert, sagt Robbins. „Zuerst waren wir eine soziale Bewegung, dann eine Organisation und kurz gab es auch mal die Überlegung eine Partei zu sein. Heute versteht g0v sich als Community. Wir sind

politisch, aber nicht in dem Sinne einer Partei." Die Gemeinschaft definiere sich stark über die Erlebnisse während der Sonnenblumenproteste, deswegen gehe es auch heute immer noch primär darum, die Regierung transparenter und demokratischer zu machen. „Ich glaube, die Idee der digitalen Demokratie ist gerade deswegen interessant für Taiwan, weil sie sich ununterbrochen verändert und neu erfindet."



Visualisierung einer Diskussion auf vTaiwan

Die Demokratiebewegung in den 90er Jahren fiel in Taiwan mit der Kommerzialisierung des Internets zusammen. Das heißt, die Protestierenden konnten rasch digitale Technologien nutzen, um sich zu organisieren, aber auch um ihre Ideen zu verbreiten. Und die Ideen des Internets bezüglich Zugänglichkeit und Konnektivität beeinflussten die Vorstellung von Demokratie, um die in Taiwan gekämpft wurde. Aber auch später bei den Sonnenblumenprotesten konnten sich diejenigen Organisationen besonders wirkungsvoll einbringen, die digitale Medien zur Verbreitung der Geschehnisse nutzten. Die internationalen Medien seien dadurch schnell auf g0v

aufmerksam geworden, sagt Robbins und haben durch ihre Beiträge die Bekanntheit noch gesteigert. Dadurch sei international das Bild entstanden, dass Taiwan so etwas wie ein Wunderkind sei, das die Probleme moderner Demokratien gelöst habe. Robbins ist es wichtig zu betonen, dass dem nicht so ist. Er spricht zum Beispiel die Plattform vTaiwan an, für die g0v berühmt ist, ein digitales Meinungsbildungstool, bei dem nicht wie bei sozialen Medien der Diskurs möglichst polarisierend geführt werden, sondern Konsens erzeugt werden soll. In Interviews erwähnt Audrey Tang stets das Paradebeispiel Uber. Als das amerikanische Beförderungsunternehmen in Taiwan operieren wollte, entbrannte eine Diskussion, wie in anderen Ländern auch, wo es um die Vor- und Nachteile ging, sowie die Auswirkungen auf die Taxibranche besprochen wurden. Dieser Fall wurde auf vTaiwan diskutiert, mit einem Ergebnis, das schließlich von der Regierung akzeptiert und umgesetzt wurde. Doch Robbins gibt zu bedenken, dass diese Plattformen zwar hilfreich seien, aber das Grundproblem der Partizipation nicht löst. Nicht alle Menschen haben Zeit oder Lust sich permanent eine Meinung zu bilden.

Auf die Frage hin, was andere Länder von Taiwan lernen können, verdreht Robbins fast die Augen. Diese Frage hört er häufig: „Ich bin da pessimistisch". G0v sei in einer besonderen Zeit mit zwingenden Umständen entstanden. Das ließe sich nicht einfach auf ein anderes Land übertragen. Aber es helfe zum Beispiel, Strukturen zu schaffen, die etwas ähnliches entstehen lassen können, wie zum Beispiel Hackathons, auf denen sich gleichgesinnte Menschen vernetzen können.

Aus meiner Perspektive ist die Bereitschaft der Regierung, der Zivilgesellschaft zuzuhören ein wichtiger Punkt. In Taiwan genießt die g0v-Community einen guten Ruf. Ihre Ideen und die anderer NGOs werden angehört und umgesetzt, so zum Beispiel bei der Diskussionsplattform vTaiwan oder der Maskenverteilungsapp. Diese Offenheit den eigenen Bürger*innen gegenüber vermisse ich in Deutschland. Darauf zu vertrauen, dass sie Verantwortung übernehmen und Demokratie mitgestalten können, halte ich für eine existenzielle Überzeugung, ohne die es in Zukunft schwer wird. Ein Großteil der Mitglieder der g0v-Community können sich ihre Jobs aussuchen, weil Fachkräfte mit Programmierfähigkeiten überall dringend gesucht werden. Aber sie verbringen ihre Wochenenden unentgeltlich damit, sich Gedanken zu Problemen der taiwanischen Gesellschaft zu machen. Die Covid-Pandemie in Taiwan hat gezeigt, dass der Regierung vertraut wird und Maßnahmen mitgetragen werden, wenn Bürger*innen sich als ein Teil davon verstehen.

Bei all den überzeugenden Projekten, die g0v in den letzten Jahren eingebracht hat, wären sie heute nicht so erfolgreich, hätte es nicht eine Person gegeben: Audrey Tang.

Audrey Tang

Wer schon mal von g0v gehört hat, dann mit großer Wahrscheinlichkeit wegen ihres prominentesten Mitglieds: Audrey Tang. Das Magazin „Foreign Policy" zählte sie 2019 zu den „100 wichtigsten Denkern weltweit", im Westen gilt sie als Prophetin einer Versöhnung von Digitalisierung und Staatlichkeit. In zahlreichen Interviews und Podcasts beschrieb sie ihre Vision einer radikal transparenten, partizipativen Digitaldemokratie, in der die Bürgerinnen permanent am Gesetzgebungsprozess teilnehmen, Fake News durch Schwarmintelligenz entkräften und jede Streitfrage im friedlichen Konsens klären können.

Ohne Tang gäbe es g0v in dieser Form nicht. Man könnte wohl auch sagen, dass Taiwan ohne sie heute ein anderes Land wäre. Tang ist 1981 in Taiwan als Mann geboren worden. Ihre Eltern ziehen oft um. Um mit ihren Freunden in Kontakt zu bleiben, nutzt Tang das Internet. Mit 14 Jahren bricht sie die Schule ab, um sich selbst Programmieren beizubringen und fängt mit Anfang 20 an in internationalen Unternehmen wie Apple zu arbeiten. Sie identifiziert sich heute als nicht binär, hört auf „whatever"-Pronomen und den Namen Audrey. Mit 35 Jahren entscheidet sie sich für einen Neuanfang und zieht sich zurück nach Taiwan, um sich den Sonnenblumenprotesten anzuschließen und dort ihre Fähigkeiten einzubringen. Im Oktober 2016 wird sie Taiwans erste Digitalministerin, im August 2022 bekommt sie ihr eigenes Ministerium, das Ministry of Digital Affairs. Die jüngste Ministerin in der Geschichte Taiwans zieht international Aufmerksamkeit auf sich. Erstmals bekannt wird sie durch einen Gastbeitrag in der New York Times mit dem Titel „A Strong Democracy Is a Digital Democracy" von 2019, indem sie erklärt, wie digitale Technologie dabei helfen kann, Demokratie zugänglicher und damit besser zu machen.[3] Seitdem ist sie aus dem internationalen Diskurs nicht mehr wegzudenken. Und klar, ihre Ideen sind wichtig, aber Robbins gibt auch zu bedenken, dass Tang nicht nur mit Leistung punktet: „Sie ist eine sehr gute Geschichtenerzählerin." Er sagt: „Taiwan ist bekannt für digitale Demokratie, teilweise weil es etwas dafür tut, aber auch weil es sie gibt." Tangs Person ist durch die Berichterstattung zu einer Soft Power

[3] https://www.nytimes.com/2019/10/15/opinion/taiwan-digital-democracy.html

Taiwans geworden. Tangs politische Maßstäbe sind das Gegenteil der Volksrepublik China. Sie sagt, China mache nicht den Staat transparent, sondern die Bürger transparent für den Staat.

Audrey Tang am Ende ihres Vortrags für die Körber-Stiftung

Ich hätte sie gerne interviewt, doch seit Tang ihr eigenes Ministerium übernommen hat, ist sie kaum für Journalisten zu sprechen. Aber ich habe mir einen Vortrag angeschaut, den sie am 17. November für die Körber-Stiftung gehalten hat und der sehr prägnant auf den Punkt bringt, wofür Tang steht.[4] Sie betont die Wichtigkeit von Open-Source für Innovation und Austausch. Projekte wie vTaiwan sind öffentlich zugänglich, damit andere Staaten sie an ihre Bedürfnisse anpassen können. Im Gegensatz zu Unternehmern aus dem Silicon Valley, versteht Tang Technologie als ein Tool, das auf der Basis von Demokratie und Freiheit Ideen voranbringen soll, die das Leben von Menschen verbessern. Taiwan wolle smarte Bürger, keine smart Cities.

Tang sagt, dass der Prozess des Regierens radikal transparent sein müsse, damit die Entscheidungsgewalt von allen geteilt und die getroffenen Entscheidungen dann auch von allen getragen werden, im Sinne eines Bottom-Up Prinzips. In Bezug auf digitale Medien und Tools, rät Tang dazu, sich zu fragen, was wir erreichen wollen, anstatt zu fragen, welche Technologie wir einsetzen wollen.

[4] https://koerber-stiftung.de/veranstaltungen/forum-offene-stadt-2022-tag-1/

Fazit

Während meines Aufenthalts konnte ich einen ersten Eindruck gewinnen, wie Demokratie und Digitalisierung sich in Taiwan bedingen. Das Thema ist so umfangreich, dass selbst mehrere Jahre nicht ausreichend wären, um die einzelnen Aspekte hinreichend zu untersuchen. Entgegen meiner Annahme war die Sprachbarriere ein größeres Problem, als ich gedacht habe. Viele Taiwaner*innen, vor allem die Älteren können kein Englisch, oder trauen sich nicht, es zu sprechen. Deswegen war ich vor allem darauf angewiesen mit jungen und gut ausgebildeten Taiwaner*innen zu sprechen oder Bekannte und Freunde als Übersetzer*innen anzuwerben. Es wäre sicherlich auch interessant gewesen mit Menschen zu sprechen, die weniger gebildet sind und auf das Thema anders blicken, als die Menschen, mit denen ich gesprochen habe.

Taiwans Digitalpolitik ist das Ergebnis einer spezifischen historischen Situation und nicht einfach übertragbar auf andere Länder. Menschen in Taiwan haben einen eigenen Zugang zu Digitalität und Technologie, weil sie das Land seit vielen Jahrzehnten formten. Die Gesellschaft ist nicht nur digitalisiert, was die Tools betrifft, die sie nutzt, sondern vor allem, weil sie eine Kultur der Digitalität lebt, die es in Deutschland nicht gibt. Hier herrscht in vielen Bereichen noch die Buchdruckkultur, vor allem in den Gemeinden und der Bürokratie.

Obwohl in Taiwan sicherlich viele demokratische Prozesse mithilfe von digitalen Technologien verbessert wurden, bin ich zu der Einsicht gelangt, dass die Begeisterung für Taiwan auch teilweise an der guten Öffentlichkeitsarbeit einzelner Personen wie Audrey Tang liegt. Durch ihre Arbeit hatte man im Ausland das Gefühl, Taiwan sei ein Paradies digitaler Demokratie – ein Eindruck, den gerade junge Taiwaner so nicht stehen lassen wollen. Taiwans Demokratie hat große eigene Probleme, die in den nächsten Jahren gemeistert werden müssen. Viele von ihnen sind mit dem schwierigen Verhältnis zur Volksrepublik zu begründen.

Das Beispiel Taiwan zeigt abschließend, dass der Zugang zum Internet gleichbedeutend ist, mit dem Zugang zu Politik und Gesellschaft im Allgemeinen. Digitalität sollte auch in Deutschland als eine Chance für die Demokratie verstanden werden und nicht als ihre Bedrohung.